

Januar / Februar 2026

Kommunalrelevant

Die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der CDU-CSU Fraktion informiert

Ein Jahr großer Herausforderungen

Kommunalfinanzen, Sozialausgaben, Staatsmodernisierung

Von Klaus Mack MdB, Vorsitzender
der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

mit einem Rekorddefizit von über 30 Milliarden Euro im vergangenen Jahr stehen die Kommunen vor enormen Herausforderungen. In diesem Jahr stehen wichtige Entscheidungen an in den Bereichen Kommunalfinanzen, Sozialausgaben und Staatsmodernisierung.

Sicher wäre auch eine Erhöhung der kommunalen Einnahmen wünschenswert, zum Beispiel über eine höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer. Wir sehen als Bund hier aber zunächst einmal die Länder am Zuge, zumal der Bund den Ländern auch mehr Verschuldungsspielräume eingeräumt hat. Allein mit Einnahmeverbesserungen wird die kommunale Finanzlage aber nicht stabilisiert werden können. Vorrang muss die Ausgaben-senkung haben. Besonders die seit 2019 explodierenden Sozialausgaben tragen erheblich zu dieser Misere bei. Deutschland ist ein Sozialstaat und wird es bleiben. Es ist jedoch notwendig, Sozialleistungen auf ein ausgewogenes Maß anzupassen, damit Kommunen ihre Aufgaben verantwortungsvoll erfüllen können, ohne die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats zu gefährden. Bund, Länder und Kommunen müssen hier kurzfristig gemeinsam Möglichkeiten erarbeiten, um die Ausgabendynamik im Sozialbereich zu durchbrechen.

Es ist zudem dringend eine Aufgaben- und Ausgabenkritik nötig, um zu klären, welche Aufgaben auf kommunaler Ebene verbleiben und welche auf andere Ebenen verlagert werden können und inwieweit Aufgaben auskömmlich finanziert und gesetzte Standards noch zeitgemäß sind.



Klaus Mack MdB

Ein weiterer Lösungsansatz wird die bereits eingeleitete Staatsmodernisierung sein, die die Bündelung und Digitalisierung öffentlicher Aufgaben umfasst. Das wird die Kommunen personell und finanziell entlasten.

Die Verantwortung für die Kommunalfinanzen liegt grundsätzlich bei den Ländern. Es ist hilfreich, dass bereits einige Länder die Kommunalfinanzen in ihrer Länderverantwortung stärken. Weitere Länder müssen diesem Beispiel folgen. Zudem sind die Länder gefordert, bei Aufgaben, die den Kommunen bundeseitig übertragen worden sind, die vollen Kosten im Rahmen der Konnexität zu übernehmen. Konnexitätsauflösende Landesentscheidungen dürfen nicht vermieden bzw. unterlaufen werden. Mittel des Bundes, die über die Länder fließen, müssen ungekürzt bei den Kommunen ankommen. Zudem wäre eine Abkehr von bürokratischen Förderprogrammen hin zu direkten Investitionsmitteln für die Kommunen ein sinnvoller Schritt.

Wenn Bund und Länder gemeinsam an einer strukturellen Verbesserung der kommunalen Finanzen zusammenwirken, wird es eine spürbare Entlastung und damit wieder ausreichende kommunale Handlungsfähigkeit geben.

Mit besten Grüßen und Wünschen

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Klaus Mack".

Klaus Mack

Entlastung und klare Strukturen

Hohe Erwartungen an den Zukunftspakt

Schnelle Entlastung, klare Strukturen: Das erwarten Städte und Gemeinden vom Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Auch die AG Kommunalpolitik setzt auf konkrete Veränderungen: Auf 60 Seiten haben die Mitglieder mehr als 500 Vorschläge aus der Praxis zusammengetragen, wie Standards und Verfahren verbessert werden können. „Um eine spürbare Entlastung zu erzielen, müssen wir Prozesse hinterfragen, optimieren und gezielt die Digitalisierung nutzen, um Aufgaben effizienter zu bündeln“, erklärt der Vorsitzende der AG, Klaus Mack.

Die gesammelten Ideen werden von der AG auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und sind an die zuständigen Ministerien weitergeleitet worden. „Die Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände nehmen wir dabei gerne an“, so Mack. „Der Zukunftspakt muss schnell starten und zählbare Ergebnisse liefern.“ Im Juni 2026 sei ein gemeinsamer Kongress mit der SPD geplant, auf dem erste Zwischenergebnisse des

Zukunftspakts präsentiert und diskutiert werden sollen. Ziel sei, Prozesse zu entschlacken, Vertrauen in öffentliche Stellen zu stärken und den Kommunen mehr Entscheidungsspielraum für lokal passende Konzepte zu geben.

Denn die kommunale Finanzlage ist nach wie vor angespannt. Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen, besonders bei den Sozialleistungen wie Eingliederungshilfe und Kinder- und Jugendhilfe. Eine konsequente Anwendung der Veranlassungskonnexität verhindere ein weiteres Abrutschen der Kommunalfinanzen durch bundesgesetzliche Belastungen, sagt Mack: „Die Belebung der Wirtschaft wird zwar die Einnahmenseite stärken. Das reicht aber nicht aus, um das strukturelle Finanzproblem der Kommunen zu lösen. Es gilt daher, die Ausgabendynamik zu durchbrechen – das erfordert sowohl Leistungsanpassungen als auch Effizienzsteigerungen, wofür wir den Schulterschluss mit der SPD brauchen.“

Handlungsfähigkeit für Kommunen

Vorschläge aus der Praxis

Deutschlands Kommunen ersticken zunehmend an Bürokratie, überhöhten Standards und einer Aufgabenübertragung ohne auskömmliche Finanzierung. Es braucht einen konsequenten Neustart der kommunalen Rahmenbedingungen: Mehr Vertrauen, mehr Entscheidungsspielräume, weniger Bürokratie, klare Zuständigkeiten und verlässliche Finanzierung.

Die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat kommunale Praktiker gebeten, Vorschläge zur Verbesserung von Verfahren und Standards zu

unterbreiten. Auf Grundlage dieser kommunalen Praxiserfahrungen aus dem gesamten Bundesgebiet wurden mehr als 500 Vorschläge zusammengetragen, die folgende Bereiche umfassen:

I. Leitbild: Starke Kommunen – Handlungsfähig vor Ort

Kommunale Selbstverwaltung ist kein Verwaltungsdetail, sondern verfassungsrechtlich verankerte tragende Säule unseres Staates. Städte, Landkreise und Gemeinden brauchen Freiräume, um pragmatisch, rechtssicher und wirtschaftlich handeln zu können. Der Bund muss dafür die

Inhalt

- 1 Ein Jahr großer Herausforderungen — Kommunalfinanzen, Sozialausgaben, Staatsmodernisierung
- 2 Entlastung und klare Strukturen — Hohe Erwartungen an den Zukunftspakt
- 2 Handlungsfähigkeit für die Kommunen — Vorschläge aus der Praxis
- 4 EinfachMachen-Portal — Wo sind Staat und Verwaltung unnötig kompliziert?
- 4 Zukunftspakt Bund, Länder und Kommunen — Fraktionsübergreifende AG-Sitzung
- 5 Der Digitalpakt 2.0 steht — Wichtiges Signal für Schulen und Schulträger
- 6 Sachsen-Anhalt-Modell mit zentralen Serviceangeboten — Wegbereiter zur volldigitalisierten Verwaltung
- 7 Zukunftsfähige Innenstädte und Innenortslagen — Kommunalkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 8 Kommunalpolitische Bildung — Angebote der KAS und der KPV

rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen.

Tragende Leitprinzipien der Vorschläge aus der kommunalen Praxis:

- Verhältnismäßigkeit statt Maximalstandards
- Vertrauen statt Misstrauen
- Pauschalen statt Einzelfallbürokratie
- Digital first – aber praxistauglich
- Wer bestellt, bezahlt (Veranlassungskonnexität)

II. Bauen, Planen, Umwelt:

Verfahren beschleunigen – Standards senken

1. Baurecht und Genehmigungen vereinfachen

- Einführung bundesweit einheitlicher, beschleunigter Verfahren für Wohnungsbau und kommunale Infrastruktur
- Harmonisierung von Bauvorschriften
- Deutliche Ausweitung von Genehmigungsfreistellungen und Anzeigeverfahren

2. Bau- und Ausführungsstandards auf das Notwendige begrenzen

- Abkehr von technischen Maximalstandards bei öffentlichen Gebäuden
- Systematische Überprüfung und Reduzierung verpflichtender DIN-Normen
- Funktionale Anforderungen statt detailverliebter technischer Vorgaben
- Typengenehmigungen und modulare Bauweisen (z. B. für Schulen, Kitas, Verwaltungsgebäude)

3. Umwelt- und Naturschutzrecht praxistauglich gestalten

- Bündelung von Umweltprüfungen, Vermeidung von Mehrfachgutachten
- Klare, standardisierte Prüfregime mit Vermutungswirkung
- Einschränkung unverhältnismäßiger Artenschutz- und Ausgleichsauflagen
- Beschleunigung und Straffung von Rechtsbehelfen und Verbandsklagen

III. Finanzen und Fördermittel: Vertrauen statt Förderdschungel

1. Kommunalfinanzen stärken

- Klare und verbindliche Veranlassungskonnextität bei allen bundesgesetzlichen Entscheidungen
- praxistaugliche Anwendung des § 2b UStG für Kommunen

- Stärkung der kommunalen Finanzkraft

- Vollständige Finanzierung bundesrechtlich geregelter Sozialleistungen

2. Förderwesen grundlegend reformieren

- Reduktion der Förderprogramme, stattdessen pauschale, frei einsetzbare Mittel
- Vereinfachte Förderabrechnung durch Pauschalen und Stichprobenprüfungen
- Einheitliche digitale Plattform für alle Förderprogramme
- Vorzeitiger Maßnahmenbeginn als Regelfall

IV. Soziales, Bildung, Jugend: Leistung ermöglichen, Verwaltung entlasten

1. Kinderbetreuung und Schule praxistauglich organisieren

- Senkung überhöhter Bau- und Betriebsstandards für Kitas und Schulen
- Mehr Flexibilität bei Raum-, Personal- und Betreuungsschlüsseln
- Verlässliche und auskömmliche Finanzierung des Ganztagsanspruchs

2. Sozialverwaltung vereinfachen und digitalisieren – die Ausgaben- dynamik durchbrechen

- Stärkere Nutzung von Pauschalleistungen statt Einzelfallprüfungen
- Bündelung und bessere Abstimmung sozialer Leistungen
- Einheitliche digitale Fachverfahren
- Abbau von Doppelzuständigkeiten und Parallelstrukturen
- Standards lockern und Leistungen praxistauglich anpassen
- Bürokratieabbau im Gesundheitsbereich

V. Umsetzung: Verantwortung klar zuordnen

1. Verwaltungsverfahren – Verwaltungen entlasten

- Deutliche Reduzierung von Berichts-, Prüf-, Nachweis- und Dokumentationspflichten
- Praxistaugliche Arbeitsschutzvorgaben – Anpassung an aktuelle Gegebenheiten
- Zahl der Beauftragten reduzieren und Verfahren verschlanken
- Interkommunale Zusammenarbeit stärken – weitere Bündelung und Digitalisierung von Aufgabenwahrnehmung
- Datenschutz praxistauglich ausgestalten
- Vereinfachung von Verwaltungs- und Vergabeverfahren
- Veranstaltungen ermöglichen statt Belastungen durch Bürokratie

2. Ein verlässlicher Rechtsrahmen zur praxistauglichen Umsetzung

- Einführung von längerfristigen stabilen Rechtsrahmen im Bau-, Planungs- und Vergaberecht
- Reduzierung der Änderungsfrequenz zentraler Gesetze
- Verbindliche Beteiligung der kommunalen Ebene bei allen relevanten Gesetzesvorhaben

Starke Kommunen sind Voraussetzung für einen funktionierenden Staat. Wer vor Ort Verantwortung trägt, muss auch handeln können. Bei der Ideensammlung geht es um Entbürokratisierung mit Maß, Vertrauen in kommunale Kompetenz und einen handlungsfähigen Staat, der Probleme löst statt verwaltet.

Die einzelnen Detailvorschläge der aufgeführten Bereiche wurden an die zuständigen Ministerien und die kommunalen Spitzenverbände zur Prüfung weitergeleitet. Nach einer erfolgten Bewertung wird in der AG entschieden, welche konkreten Punkte an die zuständigen Facharbeitsgruppen der Fraktion zur Umsetzung empfohlen werden.

EinfachMachen-Portal

Wo sind Staat und Verwaltung unnötig kompliziert?

Gemeinsam das Leben der Menschen einfacher machen – darum geht es dem Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung. Deswegen hat es mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales das EinfachMachen-Portal gestartet. Hier können alle Menschen in Deutschland direkt online melden, wo Staat und Verwaltung unnötig kompliziert sind – schnell, transparent und wirkungsorientiert. Und natürlich auch konkrete Verbesserungsvorschläge benennen. Eine solche zentrale Anlaufstelle rund um das Thema Bürokratierückbau ist einzigartig auf Bundesebene.

Die alltäglichen Erfahrungen der Menschen in Deutschland sind

für die Arbeit des Bundes von zentraler Bedeutung. Sie helfen, gezielt dort anzusetzen, wo Verwaltung das Leben unnötig verkompliziert. Zwar sind viele Problembereiche bereits bekannt, in denen Prozesse unnötig mühsam sind. Doch ebenso gibt es zahlreiche Stellen, die bislang noch nicht ausreichend im Blickfeld stehen.

Mit nur wenigen Klicks können Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verbände und Verwaltungsbeschäftigte jetzt bürokratische Hürden beschreiben und konkrete Verbesserungsvorschläge einreichen. Dieses Feedback wird genutzt, um Verfahren und Regelungen schnell zu verbessern.

Das neue Portal ist damit ein weiterer Beitrag zur Staatsmoderni-

sierung und setzt außerdem ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag und ein Vorhaben aus der Modernisierungsagenda des Bundes um. Das Angebot startet zunächst als Beta-Version und wird ab 2026 schrittweise ausgebaut. Die Analyse soll zukünftig zunehmend automatisiert und durch KI unterstützt werden – unter Wahrung aller Datenschutz- und Sicherheitsstandards. Außerdem werden Erkenntnisse aus den Rückmeldungen über ein Dashboard öffentlich zugänglich gemacht. Über die Domain „gov.de“ fügt sich das Portal in die Digitale Dachmarke für Deutschland ein und setzt auch damit ein Zeichen gegen Desinformation.

Das Angebot ist zu finden unter einfach-machen.gov.de

Zukunftspakt Bund, Länder und Kommunen Fraktionsübergreifende AG-Sitzung

Am 29. Januar 2026 trafen sich Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion zu einer ers-

ten gemeinsamen AG-Sitzung. Im Mittelpunkt stand der Austausch mit den beiden Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn und Dr. Matthias Miersch zu kommunalpolitischen Themen der laufenden Wahlperiode insbe-

sondere mit Blick auf die Kommunalfinanzen.

Im Verlauf der Diskussion wurde betont, dass es ein gutes Signal sei, dass die gemeinsame AG-Sitzung stattfindet. Die kommunale Lage führe zu Verdruss vor Ort und erschwere auch die Kandidatenfindung bei Kommunalwahlen, weil auf der kommunalen Ebene mehr und mehr der Gestaltungsspielraum fehle. Es müsse politisch deutlicher werden, welche bedeutende Rolle die Kommunen für das Funktionieren des Staates und der Gesellschaft haben.

Benötigt werde neben einer Stärkung interkommunaler Zusammenarbeit eine Aufgabenkritik. Die Lösung der Altschuldenproblematik müsse schnellstmöglich umgesetzt



© ANNA VOELSKE PHOTOGRAPHIC WORKS

werden. Bei den Ausgabetreibern bestehe dringender Handlungsbedarf. Wenn es nicht gelinge, die Ausgabendynamik zu stoppen, würden Ansätze zur Verbesserung der Einnahmen nicht weiterhelfen. Zielführend sei, strukturelle Änderungen zu vereinbaren – auch mit Blick auf Rechtsansprüche.

Die Sozialausgaben seien zu stark gestiegen. Hier müsse geschaut werden, was man sich künftig noch leisten könne. Dabei solle auch geschaut werden, welche Bedarfe es gebe. Ein selbstbestimmtes Leben müsse weiterhin möglich sein. Bei Reformen müssten die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht allein die Kostenfrage. Die Kreisumlage werde mehr und mehr zur Sozialumlage. Das sei nicht mehr finanzierbar.

Seitens der kommunalen Spitzenverbände wurde betont, dass das kommunale Potenzial auch wirklich wirksam werden können müsse. Die kommunale Lage habe Auswirkungen auf das Leben vor Ort. Der Zukunftspakt sei auch Chiffre für



© ANNA VOELSKE PHOTOGRAPHIC WORKS

kommunale Erwartungen. Ohne Änderungen würden die kommunalen Defizite nicht zurückgefahren werden können. Mittlerweile sei festzustellen, dass die Kommunen trotz Sondervermögen weniger investierten. Neben der bekannten Altschuldenproblematik hätten die Kommunen mittlerweile ein Neuschuldenproblem, dass stetig größer werde. Ausgabenprobleme bestünden insbesondere im Sozialbereich. Besonders das Bundesteilhabegesetz sowie die Kinder- und Jugend-

hilfe seien die größten Kostentreiber. Beide Aspekte seien in der Kommission zur Reform des Sozialstaats nicht adressiert worden. Dies müsse jetzt angegangen werden. Um die Zeit bis zur Umsetzung von kosten-senkenden Reformvereinbarungen überbrücken zu können, bräuchten die Kommunen eine Soforthilfe.

Vereinbart wurde, den gemeinsamen Austausch, der ein großer Impulsgeber sein könne, fortzusetzen.

Der Digitalpakt 2.0 steht Wichtiges Signal für Schulen und Schulträger

Mit dem Digitalpakt 2.0 setzen Bund und Länder gemeinsam ein klares Zeichen: Die digitale Transformation von Schule wird nicht nur fortgeführt, sondern qualitativ vertieft, entbürokratisiert und strategisch weiterentwickelt. Innerhalb weniger Monate konnten zum Ende vergangenen Jahres die finanziellen Voraussetzungen geschaffen und die Verhandlungen mit den Ländern erfolgreich abgeschlossen werden – ein klares Zeichen für die Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern.

Die Digitalisierung hat Schule grundlegend verändert – pädagogisch-didaktisch, technisch und infrastrukturell sowie in Administration

und Organisation. Der DigitalPakt Schule 2019–2024 hat wichtige Impulse gesetzt. Nun gilt es, diese Erfolge auszubauen und nachhaltig zu verankern. Mit dem Digitalpakt 2.0 wird die digitale Bildungsinfrastruktur zielgerichtet weiter gestärkt und es werden verlässliche Rahmenbedingungen bis Ende 2030 (Maßnahmenabschluss bis 2032) geschaffen.

Der Digitalpakt 2.0 basiert auf drei ineinandergreifenden Handlungssträngen:

- I. Digitale Infrastruktur – Weiterentwicklung und Verstetigung der schulischen IT (Anknüpfung an den bisherigen DigitalPakt)
- II. Schul- und Unterrichtsentwick-

lung – Länder gestalten eigenverantwortlich die pädagogische Umsetzung

- III. Digitales Lehren und Lernen – eine neue Bund-Länder-Initiative mit starkem Praxis- und Forschungsbezug

Dieser Ansatz geht bewusst über reine Hardware-Förderung hinaus und rückt Qualität, Nachhaltigkeit und pädagogischen Mehrwert in den Mittelpunkt.

Was ist neu und besonders wichtig?

- Förderung nicht nur von Infrastruktur, sondern auch von Bildungssoftware und professionellem IT-Support

- Deutlich weniger Bürokratie durch schlankere Förderbereiche und die Möglichkeit pauschalierter Zuweisungen. Mit dem neuen schlanken Verfahren, mit komprimierten Berichtspflichten, geht die Umsetzung schneller und effizienter voran.
- Neu aufgestellte länderübergreifende Vorhaben: Länder können sich auch künftig für gemeinsame Projekte zusammenschließen. Neu ist, dass nun mindestens 12 Länder zusammenarbeiten müssen und die Mittel aus einem zentralen Pool abgerufen werden. Das trägt dem Bildungsföderalismus Rechnung, fördert den Austausch und die Koordination der Länder auf bundesweiter Ebene und gewährleistet eine effizientere Nutzung der Mittel.
- Stärkung der kooperativen Verantwortung im Bildungsföderalismus, auch für kleinere Länder.

Insgesamt fließen fünf Milliarden Euro in fünf Jahren in den Digitalpakt 2.0: 2,5 Milliarden Euro vom Bund (aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“) und 2,5 Milliarden Euro von den Ländern

Konkret stellt der Bund für den Handlungsstrang I – die digitale Infrastruktur der Schulen – insgesamt 2,25 Milliarden Euro in Form einer Finanzhilfe an die Länder bereit. Der überwiegende Teil dieser Mittel fließt in landesbezogene Maßnahmen, die den gezielten Ausbau und die Verstärkung der schulischen IT-Infrastruktur vor Ort ermöglichen. Die Verteilung der Bundesmittel erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel, wodurch eine faire und transparente Mittelzuweisung gewährleistet wird. Ergänzt wird dies durch länderübergreifende Vorhaben, für die ein eigener Finanzierungsanteil in Form eines gemeinsamen Fördermittel-Pools vorgesehen

ist.

Der Digitalpakt 2.0 setzt nicht nur auf Hardware, sondern auch auf mehr Qualität in der digitalen Bildung. Im Handlungsstrang II setzen die Länder Maßnahmen zur digitalen Schul- und Unterrichtsentwicklung in alleiniger Verantwortung um.

Darüber hinaus investiert der Bund im Handlungsstrang III weitere 250 Millionen Euro in die Bund-Länder-Initiative „Digitales Lehren und Lernen“. Ziel ist es, gemeinsam mit Schulen und Wissenschaft praxisnahe, innovative Konzepte für digitalen Unterricht zu entwickeln und Lehrkräfte gezielt auf neue didaktische und technologische Anforderungen vorzubereiten.

Der Digitalpakt 2.0 ist mehr als ein Förderprogramm. Er ist ein gemeinsames Zukunftsversprechen für bessere Bildung, leistungsfähige Schulen und einen kooperativen Föderalismus, der handlungsfähig ist, wenn es darauf ankommt.

Sachsen-Anhalt-Modell mit zentralen Serviceangeboten Wegbereiter zur vordigitalisierten Verwaltung

AG Kommunalpolitik befasst sich mit Sachsen-Anhalt-Modell / Bündelung von Aufgaben setzt neue Maßstäbe für Kommunen / Pilotprojekt skalierbar auf andere Bundesländer und den Bund

Die Digitalisierung ist kein Zukunftsprojekt mehr, sondern längst in der Verwaltung angekommen und verspricht Effizienz sowie Bürgernähe. Doch der Weg dorthin ist komplex: Veraltete Systeme, fehlende Ressourcen und Fachkräfte – besonders in kleinen Kommunen – sind große Hürden. Eine mögliche Lösung könnte das Sachsen-Anhalt-Modell sein, mit dem sich die AG Kommunalpolitik intensiv auseinandergesetzt hat.

„Die Bündelung kommunaler Aufga-

ben entlastet Verwaltungen personell und finanziell. Sachsen-Anhalt hat geprüft, welche Leistungen gebündelt werden können, ohne die Selbstverwaltung zu gefährden“, sagt AG-Vorsitzender Klaus Mack in der Sitzung mit Staatssekretär Bernd Schlömer vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales von Sachsen-Anhalt und Benedikt Habel, Geschäftsführer der Habel GmbH, die die Machbarkeitsstudie in Sachsen-Anhalt durchgeführt



Benedikt Habel und Klaus Mack MdB

hat.

Seit 2023 diskutiert Sachsen-Anhalt, wie die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen vorangetrieben werden kann. „Unser Ziel sind starke, selbstverwaltete Kommunen, die auch angesichts des demografischen Wandels alle Aufgaben weiterhin erfüllen können“, sagt Staatssekretär Schlömer. Die Machbarkeitsstudie zeigte, dass elf von 15 untersuchten Leistungen in einem freiwilligen, zentralen Service-Angebot (ZSA) umsetzbar sind. Geplant ist, ZSA im kommenden Jahr durch die Gründung einer GmbH als Verwaltungshelfer aufzubauen. „Der Start erfolgt mit vier Pilotkommunen, sechs weitere sollen bis 2026 folgen“, so Schlö-

mer. Zusätzlich Leistungen sollen mittelfristig hinzukommen. „Der ZSA-Ansatz ist skalierbar und kann auch von anderen Bundesländern und dem Bund genutzt werden“, fügt er hinzu.

Alle untersuchten Leistungen wurden von den Kommunen vorgeschlagen, was das Modell praxisnah macht, erklärt Habel: „Skalierungseffekte entstehen durch steigende Fallzahlen – je mehr Kommunen mitmachen, desto größer der Nutzen.“ Vorteile bieten auch die flexible Nutzung bestehender Systeme und die Inhouse-Vergabe durch eine GmbH, besonders bei Leistungen wie Hundeanmeldung oder Wohngeld-Vollständigkeitsprüfung. Die Idee einer

digitalisierten Verwaltung, die Bürgeranliegen schnell bearbeitet, wird greifbar. „Das Sachsen-Anhalt-Modell zeigt, wie Digitalisierung und Verwaltung harmonisieren können. Der Schlüssel liegt in der Balance zwischen zentralen und kommunalen Strukturen. Nur wenn wir die Kommunen einbinden und mit den richtigen Werkzeugen ausstatten, machen wir die Verwaltung zukunftsfähig“, sagt AG-Vorsitzender Mack.

Weitere Informationen sind im Internet zu finden unter <https://ozg.sachsen-anhalt.de/news-detail/sachsen-anhalt-modell-machbarkeitsstudie-zu-zentralen-service-angeboten-fuer-starke-kommunen-veroeffentlicht>

Zukunftsfähige Innenstädte und Innenortslagen

Kommunalkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zukunftsfähige Innenstädte und Innenortslagen sind für ein gelingendes Miteinander unserer Gesellschaft von großer Bedeutung. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, sich in ihrer eigenen Stadt nicht mehr wohlfühlen und verlieren das Vertrauen in den Staat. Das hat vielfältige Gründe. Im Stadtbild gehen mangelhafte Ordnung und Sicherheit oft mit leerstehenden Immobilien und Verwahrlosung und Vermüllung einher, weshalb wir diskutieren wollen:

Wie tragen Sauberkeit, Sicherheit und Lebendigkeit zu Wohlbefinden, Lebensqualität und einer hohen Aufenthaltsqualität in Innenstädten und Innenortslagen bei?

Dazu möchten wir uns gerne im Rahmen eines Fraktionskongresses am **Mittwoch, 25. März 2026 ab 15.30 Uhr** mit Ihnen austauschen. Über Ihre Teilnahme und das Einbringen Ihrer Perspektive würden wir uns freuen. Gerne können Sie die Einladung auch an weitere Interessierte weiterleiten.

Programm:

15.30 Uhr

Einlass

16.30 Uhr

Begrüßung

Stephan Stracke MdB, Stellvertreter der Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

16.40 Uhr

Einführung

Jens Spahn MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

17.00 Uhr

Panel 1 „Sauberkeit für Wohlbefinden und hohe Aufenthaltsqualität“

- Peter Postleb, ehem. Leiter der Stabsstelle „Sauberes Frankfurt“
- Markus Suchert, Hauptgeschäftsführer Bundesverband Systemgastronomie e.V.
- Andreas Rudolf, DB InfraGo AG
- Dirk Schilling, 1. Vorsitzender RAL Gütegemeinschaft Anti-Graffiti e.V.

Moderation: Lars Rohwer MdB, stellv. Vorsitzender Arbeitsgemein-

schaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Panel 2 „Sicherheit für Wohlbefinden und hohe Aufenthaltsqualität“

- Christoph de Vries MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium des Innern
- Rainer Wendt, Vorsitzender Deutsche Polizeigewerkschaft
- Katja Strauss-Köster MdB AG Innen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- Christina Stumpp MdB, Leiterin des Kommunalbüros der CDU Deutschlands

Moderation: Dr. Cornell Babendererde MdB, stellv. Vorsitzende Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Panel 3 „Pulsierende Innenstädte für Wohlbefinden und hohe Aufenthaltsqualität“

- Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer Handelsverband

Deutschland

- Jana Schimke, Hauptgeschäftsführerin DEHOGA Bundesverband
- Jürgen Block, Geschäftsführer Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V.
- Dr. Jan-Marco Luczak MdB, Vorsitzender AG Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Moderation: Michael Kießling MdB, Erster stellv. Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

18.00 Uhr

Diskussion der Panel-Ergebnisse

- Lars Rohwer MdB, Moderator Panel 1
- Dr. Cornell Babendererde MdB, Moderatorin Panel 2
- Michael Kießling MdB, Moderator Panel 3
- Dr. André Berghegger, Hauptgeschäftsführer DStGB
- Uwe Conradt, Vizepräsident DST und Oberbürgermeister

Saarbrücken

- Dr. Kay Ruge, Hauptgeschäftsführer DLT

Moderation: Klaus Mack MdB, Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

18.55 Uhr

Schlusswort

Klaus Mack MdB, Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

- » Anmeldung: Bitte melden Sie sich an unter www.cducusu.de/veranstaltungen bis zum Donnerstag, 19. März 2026. Aus Sicherheitsgründen ist die Angabe Ihres Geburtsdatums erforderlich.
- » Veranstaltungsort: Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Reichstagsgebäude, Raum 3N001, Deutscher Bundestag, 10117 Berlin. Zugang über den Eingang West. Externe Gäste werden vom Eingang zum Veranstaltungsort geleitet. Der Zugang ist barrierefrei.
- » Einlass: Ab 15.30 Uhr. Bitte halten Sie am Eingang ein Ausweisdoku-

ment bereit. Planen Sie wegen möglicher Sicherheitskontrollen ausreichend Zeit ein.

- » Foto- und Videoaufnahmen: Im Rahmen der Veranstaltung werden Fotos und Filme zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit sowie zur internen und externen Dokumentation der Veranstaltung gemacht und verwertet.
- » Organisation: Katrin Steinbach und Judith Gaida, Innerer Dienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, per Mail: einladung@cducusu.de
- » Koordination und Planung: Felix Schreiner MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.
- » Fachliche Vorbereitung: Dominik Wehling, Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion T 030.227-52962
- » Pressebetreuung: Pressestelle der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, T 030.227-51161.
- » Datenschutz: Siehe auch www.cducusu.de/datenschutzerklaerung

Kommunalpolitische Bildung Angebote der KAS und der KPV

Die KommunalAkademie der Konrad Adenauer Stiftung (KAS) vermittelt kommunalpolitischen Neueinsteigern mit dem Kommunalpolitischen Seminar das notwendige Grundlagen- und Orientierungswissen für eine erfolgreiche politische Arbeit vor Ort. Nähere Informationen und Hinweise zum Programm sind im Internet unter <https://www.kas.de/de/web/politische-bildung/kommunalakademie> zu finden.

Die Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU (KPV) bietet

über Bildungswerke in einzelnen Ländern ebenfalls kommunalpolitische Seminare an:

- Nordrhein-Westfalen: <https://www.kpv-nrw.de/bildungswerk.html>
- Sachsen: www.bks-sachsen.de
- Niedersachsen: <https://kpvl-bildungswerk-nds.de/seminare/>
- Schleswig-Holstein: <https://www.kpv-bildungswerk-sh.de/>
- Berlin: www.kbb-berlin.de

Impressum

Herausgeber

Steffen Bilger MdB
Dr. Reinhard Brandl MdB
Klaus Mack MdB

CDU-CSU Fraktion
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.:
Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
Dominik Wehling

T 030.227-52962
agkommunalpolitik@cducusu.de

Diese Veröffentlichung der CDU-CSU Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.